

## **A N F R A G E N an den Bürgermeister**

### **1) Zuzahlung zu den Kosten in Pflegeheimen bei bisherigen Vollzahlern**

GRin. **Gesek** stellt namens von ÖVP und FPÖ folgende Anfrage:

GRin. **Gesek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bisher wurden für Bewohner und Bewohnerinnen, wenn ihr Vermögen für die Kosten in Pflegeheimen nicht mehr ausreichend war, die Differenzbeträge im Rahmen der Sozialhilfeunterstützung vom Sozialamt der Stadt Graz getragen.

Neue Entwicklungen zeigen das Gegenteil. Nunmehr treten Fälle von Bewohnerinnen und Bewohnern auf, die sich seit längerer Zeit beziehungsweise seit mehreren Jahren im Pflegeheim befinden und deren Vermögen nunmehr durch die Zuzahlung zu den Heimkosten aufgebraucht wurde. Diese bekommen derzeit vom Sozialamt die Mitteilung, dass eine Zuzahlung zu den Kosten für ihre Pflege und Betreuung aus Mitteln der Sozialhilfe abgelehnt wird; dies so zum Beispiel in einem Fall, in welchem die Pflegestufe 4 bereits zuerkannt wurde. Die Konsequenz wäre daher die Aufkündigung der Heimverträge mit den betroffenen Bewohnern und Bewohnerinnen.

Alle Bewohner und Bewohnerinnen, die sich seit einiger Zeit in Heimpflege befinden, sind unter anderen Voraussetzungen aufgenommen worden, als sie heute gültig sind.

Es gilt, insbesondere bei diesen Bewohner und Bewohnerinnen die soziale Situation zu berücksichtigen und es ist unzumutbar, sie aus der Heimpflege zu entlassen beziehungsweise eine Aufkündigung der Verträge in Erwägung zu ziehen.

Für diese Personen darf es keine Einschränkung geben und kann die derzeitige Einstufung keine Gültigkeit haben, da sonst das Sozialamt der Stadt Graz nicht den ihm obliegenden Auftrag, zum Wohle der sozial Bedürftigen tätig zu sein, nachkommt.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der Fraktionen von ÖVP und FPÖ die

## **A n f r a g e ,**

ob du bereit bist, an die zuständigen Stellen, insbesondere an das Sozialamt der Stadt Graz, heranzutreten, dass es für die seit einiger Zeit schon in Heimpflege befindlichen Personen keine Einschränkungen gibt und dass diesen Personen weiterhin die Heimpflege durch Zuzahlung des Sozialamtes der Stadt Graz ermöglicht wird, so wie bisher der Fall ist.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **2.) Attraktivierung der Jakoministraße**

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir haben ja in dieser Sache dank der Kleinen Zeitung ja schon einen gewissen Erfahrungsaustausch oder Informationsaustausch hier uns liefern können. Freut mich, dass diese mediale Berichterstattung hinsichtlich meiner heutigen Anfrage dazu geführt hat, dass du dir die Jakoministraße jetzt intensiver angeschaut hast und leider auch zu diesem Ergebnis gekommen bist, dass wir nicht nur jetzt als Kommunalpolitiker des Bezirkes Jakomini, sondern vor allem auch Bewohnerinnen und Bewohner, Geschäftsleute des direkt an den Jakominiplatz grenzenden Straßenzuges und darüber hinaus seit Jahren leider haben. Viele von euch, von Ihnen, werden sich erinnern können, dass es noch nicht sehr, sehr lange her ist, dass die Jakoministraße zu der Prachtstraße schlechthin zählte, dass wir eine Vielfalt an sehr tollen und hochqualitativen Geschäften in dieser Straße hatten, dass wir eine Fußgängerfrequenz haben, nur leider ist es so, dass sich die Situation von Jahr zu Jahr auch in dieser Straße und speziell in dieser Straße hier verschlechtert hat und gerade ich bemühe mich seit vielen, vielen Jahren und kann mich noch erinnern an

deinen Vorgänger als zuständigen Wirtschaftsreferenten, den jetzigen Landesrat, Wirtschaftslandesrat Dr. Christian Buchmann, und an deinen unmittelbaren Vorgänger in diesen Agenden, den Herrn Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, dich immer wieder auf die Situation in dieser Straße aufmerksam gemacht hat, unterstützt von den Gewerbetreibenden, von dem Sprecher dieses Straßenzuges und es gab ja unheimlich viele Ideen und Vorhaben, Besprechungen, Diskussionen, Initiativen des Bezirksrates und dergleichen, nur leider, und das ist das Dramatische an dieser Situation ist es bei Inaussichtstellungen, bei schönen Worten, bei Angeboten der Hilfe geblieben und letztendlich mangelte und fehlte es bis zum heutigen Tag an wirklichen Umsetzungen und Mithilfen seitens der Stadt. Mir ist schon bewusst, und ich glaube, jeder in diesem Haus weiß das, dass es der Stadt nicht ohne weiteres möglich ist, jetzt hier einer Straße das Leben schlechthin einzuhauchen, aber es gibt Rahmenbedingungen, die die Stadt einfach schaffen kann, sei es jetzt durch entsprechende Förderungsmöglichkeiten oder durch andere Maßnahmen baulicher Natur und, und, und, um hier, wie gesagt, die dort noch bestehende Geschäftswelt einfach zu motivieren, dort zu bleiben und nicht noch abzusiedeln und vor allem geht es auch darum, diese leerstehenden Geschäfte und Lokalitäten einfach wieder mit Leben zu füllen. Und immerhin, und das ist das Dramatisch an dieser Situation, gab es trotz dieser Bemühungen da oder dort, und es wurden Studenten auch aufgerufen, hier in Form eines Architekturwettbewerbes hier ihre Ideen einzubringen, gab es natürlich unheimlich viele Ideen von einer eingleisigen Befahrung bis zu Arkadengängen, bis zu Durchgängen in die benachbarten Straßenzüge, Klosterwiesgasse, aber wie gesagt, es blieb bei den Ideen, bei den Vorhaben und es kam nie zu Umsetzungen. Und in diesem Zusammenhang, und ich war einerseits schockiert, wie ich aus der kleinen Zeitung vernehmen musste, dass du dich für diese Straße genierst, dich entschuldigst für diesen Zustand, weil ich mir denke, der Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl ist seit sechs Jahren Bürgermeister dieser Stadt, seit über einem Jahr für die Wirtschaftsbelange dieser Stadt zuständig und wundert sich dann über die Situation, den Zustand, die Trostlosigkeit einer Jakoministraße. Wenn er gesagt hätte, ich weiß momentan nicht so recht, wie schaut es am Trattenweg aus, gibt es dort zwei Mistkübel oder nicht, dann hätte ich gesagt, ok, der Herr Bürgermeister muss nicht um jede Straße Bescheid wissen, aber gerade die Jakoministraße, und das ist ja nicht jetzt eine Entwicklung, die sich erst seit zwei oder drei Wochen abgezeichnet hat, sondern dieser Zustand, dieser wirklich trostlose

Zustand dieser Straße den haben wir ja schon seit vielen, vielen Jahren und aus diesem Grund war ich einerseits hier schockiert ob dieser Aussage, dass du erst jetzt auf diese Situation aufmerksam gemacht wurdest durch diesen Zeitungsartikel und durch meine Initiative, auf der anderen Seite möchte ich dir aber auch danken dafür, dass du jetzt nicht versuchst, hier andere Schuldige zu finden, sei es jetzt die Wirtschaftslage, sei es irgendjemand anderer, sondern dass du versprochen hast, und ich werde mir das in dem einen oder anderen Jahr anschauen, was aus deinen Versprechungen auch tatsächlich geworden ist. Wir werden dich unterstützen selbstverständlich seitens des Bezirkes Jakomini, dass hier wirklich etwas weitergeht und ich darf dir in diesem Zusammenhang vorweg danken für dein angekündigtes Engagement, ich hoffe, dass es nicht nur bei diesen Ankündigungen bleibt, wie wir sie schon seit sehr vielen Jahren haben und wo auch die letzten Geschäftsleute, und das ist ja auch das Deprimierende, viele schon den Glauben verloren haben, dass es dort aufwärts geht.

In diesem Sinne darf ich jetzt noch zum Abschluss meine mündliche Anfrage kundtun...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Hast du sie jetzt nicht vergessen?***

GR. **Eichberger:** Nein, habe ich nicht vergessen. Außerdem darf ich euch schon sagen, es war auch bei der Frage nicht unbedingt die Zusatzfrage gestellt und geplant. Darf ich aber jetzt doch die mündliche Anfrage an dich richten, auch wenn ich sie zum Teil schon den Medien entnehmen konnte, welche Maßnahmen gedenkst du zu setzen, um dieser Straße wieder möglicherweise dieses Leben zurückzugeben, das einmal in dieser Straße stattgefunden hat? Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Kollege Eichberger, ich bin jetzt noch nicht über ein Jahr Wirtschaftsreferent der Stadt Graz, sondern es wird dann im März soweit sein. Wir haben ja auch seit vielen Jahren gemeinsam versucht, viele Neuerungen in Jakomini zustande zu bringen; du, der du schon fast 20 Jahre lang, oder ich glaube, rund 20 Jahre, auch im Bezirksrat und als Bezirksvorsteher tätig warst, weißt auch, dass dieser Niedergang dieser einstigen Einkaufsstraße und Wohnstraße dramatisch ist und dass es dir auch mit mir und uns allen gemeinsam nicht gelungen ist, diesen Verfall aufzuhalten. Genieren tue ich mich deswegen, weil man ja um den Zustand weiß, nicht nur dieser Straße, sondern auch einiger anderer Straßen, die jetzt vom Jakominiplatz wegführen. In einer Straße ist uns etwas gelungen gemeinsam vor Jahren, nämlich in der Belebung der Schönaugasse, da hatten wir auch mehr Gestaltungsmöglichkeit im öffentlichen Raum, als wir es in der schmalen Jakoministraße haben. Ich persönlich, und du weißt das auch, sehe die Problematik dreifach, einmal, wir werden diese schmale Straße mit der Notwendigkeit der Straßenbahn gestalterisch nicht weiß Gott wie verändern können und ich bin sehr skeptisch, ob das überhaupt geht mit einer eingleisigen Führung einer Hauptverkehrsader, aber das muss man sich mit der GVB anschauen, das will ich nicht ausschließen, aber ich kann es mir schwer vorstellen. Der zweite Punkt ist, wir haben einen enormen Wandel im Handelsbereich durchgemacht, das trifft sehr stark auf den gesamten innerstädtischen Bereich zu, Gastronomie, also wenn ich so sagen darf, Essen und Trinken gibt es zur Genüge in der Stadt und das sollte wahrscheinlich auch nicht das Konzept wieder für die Jakoministraße ausschließlich sein, also auch reine Gastgartenideen etc. sind für mich nicht vorstellbar, maximal im Mix sollten einige dabei sein. Ob das dann genutzt wird durch Künstlerinnen und Künstler, wo es einen Bedarf gibt, ob wir im studentischen Bereich etwas zustande bringen, wird die Zukunft weisen. Ich möchte es anpacken mit dem Handelsmarketing, mit der Wirtschaftsförderabteilung, ich habe beide natürlich sofort auch informiert. Die Überraschung für mich war nur, ich fahre immer wieder durch, aber in letzter Zeit hat da noch mehr zugemacht. Die Konzepte, die am Tisch gelegen haben, und ich werde sie mir alle noch genau anschauen, weil meine beiden Vorgänger wirklich viel gearbeitet haben, haben leider auch dazu geführt, und das ist das dritte Problem, und da wird es eine gemeinsame Kraftanstrengung brauchen, die Eigentümer der Häuser dort soweit zu bewegen, dass sie auf eines der Konzepte aufspringen. Bei der letzten Einladung, die der Kollege Eisel-Eiselsberg gemacht hat,

sind von allen Hausbesitzern nur zwei Hausbesitzer gekommen und andere haben uns mitgeteilt, dass sie nicht daran interessiert sind, im Erdgeschoss zu vermieten, das heißt, wenn wir an den Eigentümern scheitern würden, wäre das traurig. Also es wird alle Kraft brauchen zu sagen, bitte gehen wir das gemeinsam an, vielleicht auch mit einem Konzept über mehrere Häuser. All jene Straßen, die sich ein Thema vorgenommen haben, ich sage nur Sackstraße, eher als Kulturmeile auch mit Antiquitäten, die haben etwas anzubieten, weswegen Kundinnen und Kunden dann auch hineingehen und dort sehe ich die Chance. Also Anstrengungen werden wir gemeinsame da brauchen, ich hoffe, es wird uns gelingen und das ist die größte Schwierigkeit gewesen, die Hauseigentümer auch davon zu überzeugen, dass das wiederbelebbar ist. An den Handel glaube ich kaum, weil es viel zu wenig selbständige Unternehmerinnen und Unternehmer gibt und die, die beginnen, sind meistens Franchisenehmer oder arbeiten in Form einer Filialkette und das Überangebot an Einkaufszentren, die wir in der Stadt haben, gibt natürlich auch dort Experten, die dort sagen, bitte nicht dort beginnen, allein schafft das eben niemand. Also, es kann nur gemeinsam wieder funktionieren. Ich glaube an keine reine Handelsstraße, vielleicht muss man auch, und das ist generell eine Überlegung in Graz, die eine oder andere ehemalige Geschäftsstraße umwandeln und wieder zu einem Wohnbereich oder Bürobereich machen, das heißt, mit der Zeit halt die immer zugeklebten und heruntergekommenen Schaufensterfassaden dann einfach umzubauen, da werden wir uns gemeinsam was einfallen lassen, so darf es nicht ausschauen und das deswegen schon nicht, weil die Stadt Graz mit der Messe, mit dem Congressbereich unten eine Hauptader in das Weltkulturerbezentrum herein hat und, wie gesagt, da geniert man sich dafür, wenn internationale Veranstaltungen dann sind und das so ausschaut, wobei ich auch immer dazugesagt habe, ich bewundere all jene, die dort den Atem noch haben und durchgehalten haben und auch Neues begonnen haben und gesagt haben, ich möchte es, es gibt eine neue Snackbar dort und, und, und. Ich habe mit der Dame auch telefoniert, die hat gesagt, wir haben angefangen, wir glauben dran, solche Leute brauchen wir, die müssen wir finden und ich hoffe, es wird gelingen. Ich habe nur ein bisschen Brainstorming am Telefon gemacht und auch die Künstlerorganisation hat sich zu Wort gemeldet, also ich will da keine Urheberschaft, ich denke da jetzt nur laut drüber nach, was es werden kann und wir werden uns da gemeinsam zusammensetzen. Wie gesagt, Handelsmarketing, Wirtschaftsabteilung sind da von mir schon informiert und wir

werden uns vielleicht auch gemeinsam hinbegeben und schauen, dass man die Bewohnerinnen und Bewohner, aber vor allem die Hausbesitzer, dazu kriegen, mitzutun (*Applaus ÖVP*).

### **3) Menschenrechtskonforme Neuregelung des humanitären Bleiberechts**

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute vor einer Woche hat im Rathaus eine Enquete des Menschenrechtsbeirates stattgefunden. Alle anwesenden Expertinnen und Experten waren sich darüber einig, dass der Entwurf zur Umsetzung eines Verfassungsgerichtshofurteils mehrere positive Aspekte enthält und beinhaltet.

Es bestand aber auch genauso Einigkeit darüber, dass sehr große Problemstellungen damit verbunden sind und vor allem aus humanitärer, menschenrechtlicher und verfassungsrechtlicher Hinsicht. Eine diesbezügliche Stellungnahme wurde vom Menschenrechtsbeirat bereits weitergeleitet. Ein besonderer Punkt wurde sehr stark kritisiert und strikt abgelehnt, und zwar ist es die Patenschaftsregelung. Diese Patenschaftsregelung würde bedeuten, dass es zu Abhängigkeitsverhältnissen kommt, dass es zu einer Ausbeutung kommt und diese Patenschaftsregelung verletzt das Prinzip der Gleichheit. Weiters würde so eine Regelung beinhalten oder das bewirken, dass öffentliche Ausgaben privatisiert sind, dass Privatpersonen sozusagen für öffentliche Aufgaben herangezogen werden. Das kann man nicht an Privatpersonen abwälzen. Denn eine fünfjährige Verpflichtungserklärung beinhaltet Risiken, die kaum jemand tragen kann und das kann man auch kaum jemandem zumuten.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

## **A n f r a g e ,**

welche konkreten Schritte Sie als Bürgermeister der Menschenrechtsstadt Graz unternehmen werden, um diesen vorliegenden Entwurf der Bleiberechtsregelung – einem „komplizierten Gnadenrecht“ – einer menschenrechtskonformen Regelung zuzuführen (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Frau Gemeinderätin. Sie wissen, ich habe in punkto Integration, in punkto Zuwanderung oft eine andere Meinung, als sie in Wien vorherrscht. Ich habe bereits im Jahre 2007, also ungefähr vor zwei Jahren, schon klar und deutlich gegenüber allen Medien gesagt, dass ich ein paar Vorschläge gerne in Wien unterstützt sehen würde, das eine war, dass Menschen, die zu uns kommen, im Asylbereich möglichst schnell auch arbeiten dürfen und so die Chance bekommen für einen Neustart und für eine Zukunft. Und darüber hinaus habe ich damals schon vorgeschlagen, und das passt jetzt auch ganz gut hinein, nachdem in Österreich 28.000 Asylfälle noch immer nicht erledigt wurden, und vor wenigen Tagen haben wir ja wieder auf allen Titelseiten den Fall Zogaj gehabt. Ich habe vorgeschlagen, wir mögen den Fremdenrat, den Landeshauptmann außer Dienst Josef Krainer bereits im Jahre 1993 eingeführt hat, als Kommission hernehmen, um solche Fälle zu behandeln. Diese Forderung ist jetzt zumindest zwei Jahre alt von mir, ich stehe auch heute noch dazu, ich gebe Ihnen vollkommen Recht, diese Regelung, die jetzt da ist mit der Patenschaft, die gehört weg, anstelle dessen sollte in jedem Land verpflichtend eine solche Kommission kommen, die sollte die Fälle, die zumindest älter als fünf Jahre sind, sofort abhandeln, dann würden 14.000 Fälle als erledigt gelten, da sollten all jene Menschen, die in der Zwischenzeit bewiesen haben, dass sie integrationswillig sind, dass sie da fleißig sind, dass sie sich nichts zu Schulden haben kommen lassen, eben hier bleiben dürfen und die anderen 14.000 Fälle gehören dann raschest aufgearbeitet. Wir werden sonst, und da ist Österreich ja bald weltweit führend, Verfahren weiterhin haben, die unerträglich sind und wenn man diesen Passus eben sich ganz genau anschaut mit diesen Patenschaftsregelungen, dann könnten Abhängigkeitsverhältnisse entstehen, die kann niemand auch nur annähernd andenken. Ich habe mich persönlich bei der Frau



Bundesministerin im Gespräch hier in Graz schon dafür eingesetzt, wir haben jetzt auch wieder unsere Meinung nach draußen kundgetan und es schaut ganz gut aus, dass wir dann, ich hoffe in allen Bundesländern, verpflichtend solche Kommissionen bekommen und dann ist eine Idee, die wir von Graz aus, sage ich, schon vor zwei Jahren gehabt haben, vielleicht dann wieder Wirklichkeit. Ursprünglich war das in der Jugoslawien-Krise auch eine Antwort vom damaligen Landeshauptmann außer Dienst Krainer, der gesagt hat, bilden wir eine Kommission, um das festzustellen, also ich bin da ganz auf Ihrer Seite (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Haas-Wippel**: Ich freue mich darüber, weil eines ist klar, ein Bleiberecht darf kein Gnadenakt sein oder kein Gnadenrecht, es muss sich an den Bedürfnissen der Menschen und an ihren Rechten orientieren. Danke (*Applaus SPÖ*).

#### **4) Raumtemperaturen an Grazer Schulen**

GRin. Dr. **Kanik-Richter** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Kanik-Richter**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In den letzten Tagen klagten Eltern wieder vermehrt über viel zu geringe Raumtemperaturen in etlichen Grazer Schulen. Unter anderem ist davon die Rede, dass den Schulwarten aus Kostengründen für die Heizung eine bestimmte Maximaltemperatur erlaubt sei, die auf gar keinen Fall überschritten werden dürfe – allerdings hält diese Maximaltemperatur bisweilen nicht mit den räumlichen beziehungsweise örtlichen Gegebenheiten Schritt.

Was zum Beispiel zur Folge hat, dass in manchen Schulen, und das vor allem in Altbauten, im Erdgeschoß eine ausreichende Raumtemperatur in den Klassenzimmern gegeben ist, im ersten Stock die Klassenräume zum Teil schon recht kühl sind und im zweiten Stock Kinder und LehrerInnen frieren, die

SchülerInnen manchmal mit Jacken bekleidet am Unterricht teilnehmen – bei 18 Grad Raumtemperatur, wie erst gestern Mittwoch aktuell an Grazer Schule gemessen wurde, manchmal sogar nur 17 Grad. Das vor allem dort, wo die sogenannte Außenhaut der Schule, die Fassade, zwar saniert wurde, die alten Fenster jedoch – aus bautechnischen und Kostengründen oder angeblich zum Teil sogar aus Gründen des Denkmalschutzes – nicht ausgetauscht werden durften.

Es kann natürlich nicht Lösung sein, dass Eltern oder auch LehrerInnen privat Heizstrahler besorgen, um auf eine den Unterricht förderliche Temperatur zuzuheizen: Nicht nur, dass dies Stromkosten verursacht, durch die die Einsparungen durch die heruntergedrehten Heizungen mehr als „aufgerechnet“ werden – diese unterheizten Klassenzimmer lassen die Stadt als Schulerhalterin insgesamt nicht in bestem Licht erscheinen. Zumal ja etliche Eltern, aber auch LehrerInnen, Vergleichsmöglichkeiten mit Bundesschulen haben, in denen es keine Klagen über derart ausgekühlte Klassenräume gibt.

Wir wissen natürlich alle, dass die steigenden Energiekosten eine Belastung darstellen – auch für die Stadt Graz. Und Energie zu sparen ist sicher ein gutes Anliegen – aber es darf nicht sein, dass Grazer PflichtschülerInnen in ihren Klassenzimmern frieren müssen.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

ob Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit sind zu veranlassen, dass alle Klassenräume in den Grazer Pflichtschulen entsprechend beheizt werden, damit Kinder und LehrerInnen nicht mehr frieren müssen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank Frau Gemeinderätin. Wie Sie wissen, haben wir bei allen gemeinsamen Schulausbauten darauf geachtet, dass wir sogenannte

Contracting-Modelle haben, da wurden Temperaturen vorgegeben und wenn jetzt in manchen Kindergärten und Schulbereichen auch aufgrund der niedrigen Temperaturen, aber auch aufgrund von technischen Mängeln einmal die Fernwärmezuleitung und einmal auch ein technisches Gebrechen in einer Schule leider Gottes an diesen Tagen die Temperaturen so kalt waren, dann soll uns das nicht dazu verleiten zu sagen, dass wir aufgrund von Sparmaßnahmen unsere Kinder, unsere Pädagoginnen und Pädagogen frieren lassen. Also niemand führt das im Schilde. Ich darf gleich dazusagen, dass wir bereits in allen Schulen das behoben haben, was zu beheben war. Ich möchte auch dazusagen, wenn Sie eine Schule wissen, wo die physikalischen Gesetze außer Kraft gesetzt worden sind, weil es unten warm und oben kalt ist, warme Luft steigt normal auf, also wir haben eher oft den umgekehrten Fall, dann bitte es uns zu melden und uns wirklich zu sagen, in welcher Schule funktioniert es nicht, dann werden wir sofort auch den zuständigen Herrn, das ist der Herr Hödl, sofort auch wieder hinschicken, wir sind da technisch gut aufgestellt, das ist, wie gesagt, hoffentlich eine Ausnahme gewesen und diese Contracting-Modelle sind natürlich auch wieder gut, weil ich glaube, wir sollten auch alle am Energiesparen festhalten, aber es darf natürlich nicht zu Lasten der Kinder gehen, dass die dann bei vier Grad oder was drinnen sitzen (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr. **Richter-Kanik**: Danke, dass dieses Problem behandelt wird, ich kenne die Eva-Maria, Sie bemühen sich jetzt um gute Luft in den Klassen und sie kann auch für die niedrige Temperaturen in den Schulen bemühen. Es gibt nicht nur eine Schule, die dieses Problem hat, mehrere, es gibt auch sehr wärmere Schulen, deswegen meine Tätigkeit ist, auf dieses Problem aufmerksam zu machen, deswegen habe ich diese Frage gestellt. Danke (*Applaus SPÖ*).

## 5) Nichtraucherchutz in der Gastronomie

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Maßnahmen zur Sicherstellung des Nichtraucherschutzes im Bereich der Gastronomie sind wichtige gesundheitspolitische Maßnahmen und in der Europäischen Union und im nationalen Bereich Gegenstand von rechtsverbindlichen Vorgaben, wie wir alle hier wissen.

In Österreich gilt das Rauchverbot für öffentliche Orte schon seit dem Tabakgesetz 1995. Mit der Novelle zum Tabakgesetz, dem ASVG, dem GSVG und dem BSVG wurde nunmehr ab 1. 1. 2009 die gesamte Gastronomie in den gesetzlichen Nichtraucherschutz einbezogen.

Von diesem generellen Rauchverbot in den Einrichtungen der Gastronomie sind Ausnahmen unter bestimmten Voraussetzungen, die im Wesentlichen von der Größe und Struktur des Gastraumes abhängen, gestattet, wodurch von den Gastronomen durchaus auch bauliche Maßnahmen zur Einhaltung des Gesetzes verlangt werden.

Erstmalig sind zum Nichtraucherschutz der im Bereich der Gastronomie tätigen Personen Auflagen vorgesehen, die als ArbeitnehmerInnenschutzvorschriften eingehalten werden müssen.

Die Tragweite der ab 1.1.2009 gültigen Gesetzesnovelle ist sowohl für den Bereich des Nichtraucherschutzes als auch für dessen Vollzug sehr umfangreich und betrifft insbesondere im Vollzug des Gesetzes und dessen Anwendung mehrere Bereiche des Magistrates Graz.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e ,**

welche Maßnahmen Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungsfunktion Bezug nehmend auf die Umsetzung und den Vollzug der Novelle zum Tabakgesetz, dem ASVG, dem GSVG und dem BSVG im Bereich des Nichtraucherschutzes getroffen haben und noch treffen werden (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, Frau Dr. Sprachmann, ich muss ihn geschäftsordnungsgemäß erledigen, weil es da viele Details gibt, möchte nur generell dazu sagen, dass ich es nach wie vor so halte wie der Herr Landesrat Hirt, ich bedaure zutiefst, dass wir in Österreich nicht den Mut hatten, es den Italienern nachzumachen und eine eindeutige Regelung zu haben. Wenn Sie in Raucherlokalen zuschauen, was die Damen und Herren im Service und hinter der Theke da täglich zu inhalieren haben, das kann nur gesundheitsschädliche Auswirkungen haben, aber ich werde Ihnen das geschäftsordnungsgemäß in allen Details zukommen lassen (*Applaus ÖVP*).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## **6) Regionales Energiekonzept statt konzeptloser Energiepolitik. Vorrang für Effizienzmaßnahmen, erneuerbare Energien und eine leistbare Energieversorgung**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner** stellt folgende Anfrage:

Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Meine Anfrage betrifft das Thema regionales Energiekonzept statt konzeptloser Energiepolitik. Bereits im September 2008 wurde auf Initiative der Grünen vom Grazer Gemeinderatsklub ein dringlicher Antrag beschlossen, mit dem vom Land ein nachhaltiges regionales Energiekonzept mit Schwerpunktsetzung in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien für den Großraum Graz gefordert wird. Der steirische Landtag beschloss weiters auf Antrag der Grünen am 18. November 2008 einstimmig, dass ein nachhaltiges regionales Energiekonzept für den Großraum Graz zu erstellen ist, welches gemeinsam mit der Stadt Graz und unter Mitarbeit unabhängiger Expertinnen und Experten erarbeitet werden soll. Bis

dato wurden trotz der eindeutigen Beschlusslage allerdings keine Schritte in Richtung Erarbeitung eines regionalen Energiekonzepts gesetzt.

Folgende Fixpunkte sollen in diesem Energiekonzept enthalten sein: einerseits Effizienzsteigerung, denn nur effiziente Energienutzung macht von schwankenden Energiepreisen und -importen weitgehend unabhängig.

Umwelt- und menschenfreundlich Energieerzeugung, weil erneuerbare Energie das wichtige zweite Standbein einer nachhaltigen Energiepolitik darstellt und die zur Deckung des nach der Realisierung von Effizienzmaßnahmen verbliebenen Energiebedarfes benötigte Energiemenge (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) muss vorrangig aus erneuerbaren Energieträgern bereitgestellt werden.

Und eine energiepolitischen Verträglichkeitsprüfung für Großkraftwerke, bei der Effizienz und Nutzung erneuerbarer Energien ebenso absoluter Vorrang eingeräumt werden muss.

Die Realität sieht leider anders aus. Im Großraum Graz boomen Großkraftwerke: Die Verbundtochtergesellschaft ATP will in Mellach ein Gas- und Dampfkraftwerk mit mehr als 800 MW Leistung errichten, die Energie Steiermark treibt ein Heizkraftwerk am Standort Graz Puchstraße mit 400 MW Leistung voran, beide übrigens mit Gas betrieben und plant gleichzeitig die Errichtung von vier Mur-Staustufen, zwei südlich von Graz und zwei nördlich von Graz. Im Großraum Graz werden also Kraftwerke in die Landschaft gestellt, ohne den tatsächlichen Bedarf an Energie abzuklären. Abwärme, die Kraftwerke erst wirtschaftlich macht, wenn sie genutzt wird, verpufft sinnlos.

Die aktuelle Gas-Krise zeigt uns dramatisch, dass wir die Abhängigkeit der Steiermark von ausländischen Energielieferungen nicht weiter erhöhen dürfen. Nur Effizienzprojekte durch erneuerbare Energieträger machen die Steiermark importunabhängig und garantieren stabile Energiepreise und gleichzeitig Arbeitsplätze in der heimischen Wirtschaft.

Wir Grüne haben uns sehr gefreut, dass Sie, Herr Bürgermeister, von den Grünen seit Jahrzehnten propagierte Ideen und Maßnahmen zur Energiewende mit uns gemeinsam mittragen werden. In Graz können wir eine Energiewende herbeiführen.

Mit nachhaltigen Projekten wie Hausdämmung, Solarenergie und Photovoltaik – Graz hat 2.000 Sonnenstunden im Jahr – könne die Stadt vom Gashahn unabhängiger werden, sagten Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Pressekonferenz vom 31. Dezember 2008.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs an Sie folgende

### **A n f r a g e :**

Welche konkreten Maßnahmen haben Sie gesetzt, damit die Steiermärkische Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Stadt Graz und unabhängigen Expertinnen und Experten möglichst rasch ein nachhaltiges regionales Energiekonzept mit den Schwerpunkten Steigerung der Energie-Effizienz und erneuerbare Energien erarbeitet und das künftig maximal nutzbare Potential an Fernwärme mit den geplanten kalorischen Großkraftwerken im Großraum Graz in Relation gesetzt wird, nicht zuletzt im Hinblick auf die Kosten der künftigen Fernwärmeversorgung? (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, Frau Gemeinderätin, Sie kennen ja die Geschäftsteilung sehr genau. Aufgabe, ein solches Konzept zu erstellen, ist es natürlich von unserer Frau Vizebürgermeisterin, die auch für den Umweltbereich zuständig ist. Da ich allerdings auch für den Bereich unserer Energie Graz Mitverantwortung trage, sehe ich es als meine Aufgabe, sowohl im Unternehmen Graz AG und Energie Graz die richtigen Weichenstellungen voranzutreiben und ich sehe es als Bürgermeister auch als meine Aufgabe an, wenn wir diese Ziele, die Sinn machen, um den Menschen eine sicher gewärmte und günstige und umweltfreundliche Stube zu sichern, wenn wir das wollen, dann gilt es auch, den notwendigen politischen Druck in Richtung Land Steiermark aufzubauen, da bin ich gerne mit dabei. Ganz konkret habe ich auch diesbezüglich um einen Termin beim Herrn Landeshauptmann Franz Voves ersucht, den ich noch im Jänner haben werde, um ganz konkret dieses Energiekonzept für den Großraum Graz, es geht nicht nur um uns allein, sondern Fernwärmeversorgung ist jetzt schon außerhalb von Graz auch mitgesichert. Wir werden also noch viel zu diskutieren, viel zu entscheiden und

viel zu finanzieren haben. Aber da sind wir unterwegs und ich sehe eine meiner Hauptaufgaben darin, da nicht locker zu lassen und auch zu schauen, dass sowohl die Energieversorgungsunternehmen des Landes als auch unser eigenes Energieversorgungsunternehmen in diese Richtung aktiv werden. Das ist im Übrigen auch in einer Zeit, in der nicht nur von der Krise mehr gesprochen werden kann, sondern auch viele Menschen schon keine Arbeit mehr haben, ganz konkret eine Wirtschaftsmaßnahme, die auch sehr schnell wieder zu Beschäftigung führen würde.

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Ich bedanke mich für das Engagement.

## 7) Gehsteig und Radweg Göstinger Straße – Lückenschluss

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage betrifft den Gehsteig und Radweg in der Göstinger Straße. Die Göstinger Straße gehört zur Kategorie der sehr stark befahrenen Straßen im Grazer Stadtgebiet, führt sie doch durch dicht besiedeltes Gebiet in das Zentrum von Gösting und dient auch als Verbindungsstraße in die Nachbargemeinde nach Thal.

Vor zwei Jahren wurde der Bau eines Gehsteiges in der Göstinger Straße zwischen der Grafenbergstraße und der Dr.-Karl-Lueger-Straße fertiggestellt, der Radweg endet an einer unübersichtlichen Stelle im Kreuzungsbereich der Alten Poststraße zur Göstinger Straße.

Der Anschluss des Gehsteiges zwischen Dr.-Karl-Lueger-Straße und Alte Poststraße und des Radweges zwischen Alte Poststraße und Anton-Gerstl-Straße hingegen fehlt, obwohl gerade in diesem Teilstück der starke Verkehr immer wieder Gefahren für die vielen Fußgänger und Radfahrer mit sich bringt. So kommt es aufgrund des fehlenden Gehsteiges und Radweges immer wieder zu gefährlichen Situationen und



Unfällen, leider auch so wie im letzten Jahr im Kreuzungsbereich zur Anton-Gerstl-Straße zu einem Unfall mit tödlichem Ausgang.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

### **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, sich für einen raschen Lückenschluss des Gehsteiges in der Göstinger Straße zwischen der Alten Poststraße und der Dr.-Karl-Lueger-Straße einzusetzen und auch die Verlängerung des Radweges zwischen der Alten Poststraße und der Anton-Gerstl-Straße zu prüfen, um die für die Fußgeher und Radfahrer aufgrund des starken Verkehrs immer wieder äußerst gefährlichen Situationen zu entschärfen? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich hätte eigentlich schon gerne auch als Bürgermeister, aber auch als Bürger von Graz, dass wir bei jeder Straße auch einen Gehweg haben, wir haben ja eine klare Liste, wo prioritär die ganzen Gehsteigwünsche auch immer wieder abgehandelt werden. Wir haben uns ja auch vorgenommen in dieser Periode, neben einer Fahrradoffensive auch verstärkt Gehwege auszubauen. Ich möchte aber auch geschäftsordnungsgemäß beantworten, damit auch dieser Wunsch im Hinblick auf diese Liste noch einmal überdacht wird und dass wir schauen, dass das möglichst schnell auch passiert.

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 8) Gastgärten auf öffentlichem Grund und Gewerbeordnung

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es um Gastgärten, das ist, ein Thema, das schon auch in der letzten Periode von der Kollegin beziehungsweise meiner Vorgängerin Elisabeth Zeiler mehrfach angesprochen worden ist und eine Anfrage vom September 2007 ist dann aber leider unbeantwortet geblieben und von da her bringe ich auch bedingt durch zwischenzeitlich stattgefunden habende Neuwahlen diese Anfrage ein. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Nicht nur der Betrieb eines Gastgartens auf privatem Grund benötigt eine gewerberechtliche Genehmigung auf der Grundlage der österreichischen Gewerbeordnung. Dem widersprechend wurden in Graz betriebene Gastgärten offenbar keinem ordentlichen Bewilligungsverfahren unterzogen.

Ein und dasselbe Gesetz wird offensichtlich divergierend ausgelegt. Nicht anders ist Ihre Anfragebeantwortung vom Juni 2007 zu verstehen. Sie teilen darin mit, dass das Straßenamt die Rechtsauffassung vertritt, dass für den Betrieb von Gastgärten auf öffentlichem Grund eine gewerberechtliche Genehmigung nicht erforderlich sei.

Die für diese Materie tatsächlich zuständige Abteilung der Stadt Graz, nämlich die Bau- und Anlagenbehörde, erteilte in der Vergangenheit schriftliche Auskünfte, wonach die Errichtung eines Gastgartens unter den Voraussetzungen des § 112 Abs. 3 Gewerbeordnung hinsichtlich der Emissionsart Lärm nicht genehmigungspflichtig, sondern lediglich eine Anzeige nach § 81 Abs. 3 der Gewerbeordnung erforderlich sei.

Dem widerspricht die Praxis anderer österreichischer Verwaltungsbehörden und unter anderem auch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes in einem Erkenntnis vom 27. Juni 2007.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

**Anfrage:**

Wie viele Gastgärten wurden zum Stichtag 1. September 2008 in Graz ohne Durchführung eines ordentlichen Bewilligungsverfahrens betrieben und bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigen Sie, diesen gesetzwidrigen Zustand beizubehalten? Danke (*Applaus KPÖ*).

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **9) Nicht vorhandene Ergebnisse der „Sicherheitspartnerschaft für Graz“**

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Die Sicherheitspartnerschaft hat Graz, die Stadt, aber auch den Gemeinderat, die letzten eineinhalb Jahre öfter schon bewegt. Sie haben im Herbst vorigen Jahres gemeinsam mit dem Bundesminister für Inneres Günther Platter, nunmehrigen Landeshauptmann für Tirol, medienwirksam eine Sicherheitspartnerschaft unterzeichnet zum Zwecke, den Ausbau der Grazer Exekutivkräfte voranzutreiben. Auch die Aufstockung des Personals im Zuge eines Besuches der nunmehrigen Bundesministerin für Inneres Dr. Fekter haben Sie diese Sicherheitspartnerschaft mediengerecht, wie überhaupt diese gesamte Entwicklung, mediengerecht begleitet wurde, auch diesmal fortgesetzt. Im Zuge des gestrigen parlamentarischen Innenausschusses hatte ich die Ehre, an die Frau Innenministerin die Anfrage zu stellen, wie der Umsetzungsstand dieser Sicherheitspartnerschaft seit März 2007 ist, ich darf Sie vielleicht ersuchen, auch zuzuhören, nachdem die Anfrage an Sie geht, wie der Umsetzungsstand dieser Sicherheitspartnerschaft ist und welchen Inhalt diese Sicherheitspartnerschaft im Herbst 2007 hatte. Die Bundesministerin für Inneres hat daraufhin gestern geantwortet, das Ergebnis der Sicherheitspartnerschaft für Graz ist mit gestrigem Tag die Aufstockung der Hundestaffel um sechs Hunde mit einem herzhaften Wauwau und die bessere Zusammenarbeit der Exekutivkräfte mit

dem Magistrat, nona. Und wie ich nunmehr gehört habe, soll abgesehen von dem Bericht der Innenministerin eine weitere erfreuliche Mitteilung im Zuge der Sicherheitspartnerschaft für Graz eingetreten sein, wir haben 30 Exekutivbeamte mehr bekommen, aber nein, nicht für die Grazer Exekutive, sondern im Zuge von Schengen 1, die sogenannte Schleichfahndung zur Absicherung der Grenze.

Es drängt sich daher nicht nur für uns, sondern für eine staunende Mehrheit der Öffentlichkeit der Verdacht auf, dass diese „Sicherheitspartnerschaft“ tatsächlich nicht einmal das Papier wert war, auf dem sie geschrieben worden ist.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

### **A n f r a g e :**

1. Welche konkreten Ergebnisse erbrachte die von Ihnen geschlossene Sicherheitspartnerschaft für Graz?
2. Welchen konkreten Inhalt hatte diese Sicherheitspartnerschaft für Graz und wie hoch ist die personelle Aufstockung der Grazer Exekutivkräfte mit dem heutigen Tag tatsächlich?
3. Wie hoch war die personelle Aufstockung der Grazer Exekutivkräfte im Jahr 2008 aufgrund der von Ihnen vereinbarten Sicherheitspartnerschaft für Graz?
4. Entspricht es tatsächlich den Tatsachen, dass das Resultat der von Ihnen gepriesen „Sicherheitspartnerschaft für Graz“ die Aufstockung der Hundestaffel um sechs Hunde ist und war?
5. Wie lange gedenken Sie, die Grazerinnen und Grazer in punkto Sicherheit mit der Unterzeichnung von wert- und nutzlosen Vereinbarungen hinters Licht zu führen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Wie üblich eine Rhetorik, die mir nicht gefällt, „wert-„ und „nutzlos“ und dergleichen. Es ist eine Sicherheitspartnerschaft, die unterzeichnet wurde von der Frau Bundesministerin, damals auch vom Herrn Bundesminister, eine

Sicherheitspartnerschaft, die dazu geführt hat, und da bitte ich um keine verkürzten Darstellungen, es entspricht einfach nicht der ganzen Wahrheit, was jetzt gesagt worden ist. Schengen, und zum Thema Schengen muss man dazusagen, das kann nicht jeder wissen, wenn man immer in Wien ist, weiß man weniger über Graz Bescheid, Schengen erstreckt sich ganz klar hier in den Grazer Raum herein, das heißt, diese 30 Dienstposten, sechs Hundeführer mit Hunden sind ganz klar Graz zugute gekommen. Wichtig für mich sind Fakten und wenn was wert- und nutzlos ist und man glaubt, dass man das so beurteilen kann, dann sollte man sich die Kriminalitätsstatistik anschauen, Graz, und das ging erst kürzlich durch die Medien, hat Gott sei Dank jetzt auch Erfolge nicht deswegen, weil wir in Graz jetzt weiß Gott wie viel mehr Polizisten hätten, sondern weil es einen Landespolizeikommandanten und auch eine Landespolizeikommandatur gibt, die jetzt verstärkt auch auf Grund dieser Sicherheitspartnerschaft mit dem Brigadier Kemeter und der Grazer Stadtpolizei vernetzt ist, es auch zu einem stärkeren Austausch zwischen Beamtinnen und Beamten des Landes und der Stadt kommt. Seit Schengen gibt es als Ausgleichsmaßnahme 30 zusätzliche Dienstposten und sechs Hundeführer mit Hunden, Hunde allein bekommt der Herr Oster, Hundeführer und Hunde bekommt die Polizei. Eine verstärkte Partnerschaft mit der Ordnungswache, Projekt wurde analysiert und nimmt nun konkrete Formen an. Im Übrigen ist diese Hilfe auch für unsere Ordnungswache ganz, ganz wichtig, ich glaube nicht wert- und nicht nutzlos. Unsere Damen und Herren, die täglich Dienst für uns tun, jetzt auch bei der Kälte, freuen sich, dass wir im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft ihnen diese Unterstützung sichern konnten. Verstärkte Präventionsmodelle gemeinsam mit der Stadt erarbeitet, der erste Präventionspreis 2008, daraus entstand der erste Präventionskongress zweitägig heuer im Mai, ich glaube nicht, dass ein Präventionskongress wert- und nutzlos ist, aber ich überlasse es weiterhin deiner Beurteilung. Starke Mitarbeit beim Thema behördlicher Katastrophenschutz, bereits umgesetzt bei Hochwasser 2008 und Paula 2008, ich bin im Katastrophenfall als Bezirkshauptmann und Bürgermeister von Graz auch zuständig, dass die Koordination funktioniert. Ich habe sowohl beim Hochwasser als auch beim Sturm miterlebt, dass diese Zusammenarbeit noch nicht so gut geklappt hat wie nach dem Unterfertigen dieser Sicherheitspartnerschaft. Ich glaube, nicht wertlos und nicht nutzlos und möchte das hier noch einmal ganz klar kundtun. Sicherheitsnetzwerk Graz, Mitarbeit, das sind alles die Antworten, die die Frau Bundesministerin gegeben

hat. Entscheidung über zusätzliche Dienstposten steht im Februar 2009 dann endgültig fest, das ist etwas, was jetzt auf Grund einer kompletten neuen Dienst- und Besoldungsreform, die die Frau Bundesministerin vor hat, dorthin verschoben worden ist, es ist einfach nach wie vor der Einsatz der Polizei nach dem alten Gendarmerieschema und dem Polizeischema auch innerhalb der Stadt Graz nicht so abgeglichen, dass das funktioniert und deswegen wird sie zuerst auch diese Reform durchführen. Jährlich werden jetzt bis 2013 tausend neue Polizisten aufgenommen, nach ihrer zweijährigen Ausbildung in Ballungsräumen und an den Haupttrouten eingesetzt. Das sind die Antworten, die die Frau Bundesministerin auch gestern gegeben hat. Ich bin stolz drauf, dass wir eine so enge Zusammenarbeit zwischen dem Bundesministerium, der Landespolizei und dem Stadtpolizeikommando jetzt damit abgesichert haben und ich betrachte diese Anfrage halt wieder einmal als eine, wo man polemisch mit dem Thema Sicherheit punkten möchte. Wichtig ist das Ergebnis und im Ergebnis sind wir Gott sei Dank auch seit dieser Partnerschaft jetzt um einiges besser geworden (*Applaus ÖVP*)

GR. **Grosz:** Nachdem Sie drauf geantwortet haben, ist ja auch eine Zusatzfrage drinnen. Ich darf Sie schon dahingehend korrigieren, Herr Bürgermeister, erstens hat die Frau Fekter das gestern nicht gesagt...

**Zwischenruf GR. Rajakovics:** *Sie hat gesagt, dass Sie es gesagt hat, was jetzt?*

GR. **Grosz:** Ich will ja nur die Möglichkeit geben, dass man die Zwischenrufe auch ordentlich aufnimmt. Erstens hat es die Frau Bundesminister Fekter gestern nicht gesagt, es kann sich daher nur um eine Vorlage eines Beamtenentwurfs für eine Antwort handeln, denn ihre Antwort im Ausschuss waren die zwei Sätze und das war Schengen 1 30 Mitarbeiter, dann könnte ich auch in Zukunft die Beamtinnen und Beamten des Landessicherheitskommandos auch zu Graz dazuzählen, ok, dann

haben wir tatsächlich keinen Mangel. Es war die Antwort sechs Hunde. Wenn Hundeführer auch dabei sind, na umso besser, aber das, was uns ja interessiert, ist ja die personelle Aufstockung der ausgehungerten Exekutivkräfte in Graz durch die Zusammenlegung von Gendarmerie und Polizei, die ja beziffert wird nicht zuletzt auch durch entsprechende Petitionen der Sozialdemokratie, damals Ehmann und Ferk. Dass wir eine Aufstockung der Grazer Exekutivkräfte um zumindest 300 Beamtinnen und Beamten brauchen, und das ist für mich eine Sicherheitspartnerschaft, die zumindest die Veröffentlichung eines Fotos auch in der Zeitung rechtfertigen würde. Dass Hunde nicht sinn- und nutzlos sind, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, auch ich bin ein großer Tierfreund, dass Ihre Bemühungen um die Erhöhung der Hundestaffel sehr wichtig sind, verdient aber keinen Orden, darüber müssen wir uns auch im Klaren sein angesichts der Verhältnisse der Sicherheit in Graz. Ich darf Sie dahingehend noch aufmerksam machen, dass die Frau Innenminister Fekter gestern im Ausschuss das erste Mal zugegeben hat, dass die Kriminalstatistiken auf Grund einer Weisung nunmehr anders gerechnet worden sind. Und sie hat auch bekanntgegeben anhand von Einzelbeispielen quer durch Österreich, dass gesamte Deliktgruppen zu einem Delikt zusammengefasst wurden, was nicht zuletzt auch das Sinken der Kriminalitätsstatistik, aber das Gefühl, dass immer mehr Kriminalität auf uns zukommt, als Resultat hat. Das heißt, wir haben eine steigende Kriminalität, aber wenn man natürlich eine Einbruchserie von 14 Einbrüchen innerhalb einer Nacht auf Verdacht hin zu einem Bandendelikt erklärt und 14 Einbrüche in der Statistik zu einem Einbruchdelikt zusammenfasst, dann ist vollkommen klar, dann befinden wir uns im Land von Friede, Freude, Eierkuchen. Herr Bürgermeister, weil Sie es gesagt haben, und zwar auch mit dem üblichen Zynismus, wenn ich ständig in Wien wäre, dann würde ich vielleicht mitbekommen, was in Graz ist und das ja eh schon seit einem Jahr mich begleitet, also der versteckte Vorwurf, warum ich zwei Mandate habe, nämlich eines, ein gewähltes in der Stadt Graz als Gemeinderat und eines als Nationalrat, dann darf ich Ihnen Folgendes mitteilen von Ihrem eigenen Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei: Ihnen dürfte vielleicht bekannt sein der Abgeordnete zum Nationalrat der ÖVP Franz Glaser, Bürgermeister von Burgauberg-Neudauberg, vielleicht besuchen sie es einmal, mehr bekannter dürfte Ihnen der Abgeordnete Wolfgang Großruck sein, Mitglied des Gemeinderates von Grieskirchen seit 1973 und Bürgermeister von Grieskirchen seit 1996. Der Herr

Jakob Auer, ein Parteilfreund von Ihnen, vielleicht auch ein Begriff, Mitglied des Gemeinderates von Fischlham seit 1973, wie sinnig. Der Abgeordnete zum Nationalrat Dr. Peter Sonnberger...

*Zwischenruf unverständlich.*

GR. **Grosz:** Ja, das sind halt die ÖVP-Gemeinderäte, wo die alle herkommen. Dr. Peter Sonnberger, Abgeordneter zum Nationalrat, Mitglied des Gemeinderates der Landeshauptstadt Linz seit 1985, die Frau Anna Franz, auch eine von Ihren Abgeordneten in Wien, Mitglied des Gemeinderates von Bezau seit 1990. Der Herr Mag. Heribert Donnerbauer, Justizsprecher Ihrer Fraktion, Bürgermeister von Hardegg seit 2008 und Vizebürgermeister von Hardegg in der Zeit 2005-2008 und der Herr Hermann Gahr, Mitglied des Gemeinderates von Terfens seit 2003. Ich habe natürlich auch eine Auswahl von Mitgliedern der grünen Parlamentsfraktion, die gleichzeitig eine kommunale Aufgabe erfüllen, aber auch Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, aber auch Kollege Heinbuchner, der Mitglied des Gemeinderates einer Gemeinde in Österreich ist. Ich glaube, dass damit zumindest nach zwölf Monaten oder neun Monaten oder was auch immer, dieser Vorwurf ein für alle Mal vom Tisch ist.

Bgm. Mag. **Nagl:** Herr Gemeinderat, du wirst ja nicht die kommunalpolitische Arbeit in all diesen Orten mit der wichtigen Aufgabe hier im Grazer Gemeinderat vergleichen wollen, das nehme ich nicht an.

*Zwischenruf GR. Grosz: Ich weiß nicht, ob nicht Fischlham sogar manchmal intellektueller vorgeht, aber gut.*



Bgm. Mag. **Nagl**: Das kann ich auch nicht beurteilen, weil ich, wie gesagt, in erster Linie mich darum bemühe... Ich möchte nur noch einmal ganz klar aufzeigen, dass diese Sicherheitspartnerschaft schon viel bewirkt hat. Es gibt im Übrigen die Gelegenheit, und ich werde dich einladen, beim Sicherheitsgipfel einmal teilzunehmen, auch mit den Grazer Polizistinnen und Polizisten Aug' in Aug' über diese Dinge zu sprechen. Ich glaube, es ist keine besonders große Wertschätzung, wenn man jetzt sagt, das stimmt alles nicht. Jetzt haben sie neue Statistiken und, und, und, das Thema der Statistik ist wichtig, gehört einmal behandelt, aber ich sage noch einmal, wir werden dich einladen, du wirst dann dabei sein, du kannst ihnen dann auch diese Dinge sagen. Ganz, ganz wesentlich ist für mich, und da geht es jetzt um das Dienstsysteem, wann endet der Dienst, wann finden Verbrechen statt, wie sind die Umrüstzeiten, auch für das subjektive Sicherheitsgefühl notwendig, hinaus auf die Straße, auf den Plätzen müssen sie verstärkt gesehen werden und, und, und. Aber das können wir dir dann ja in dem Sicherheitskreis auch alles erzählen, aber noch einmal, ich kann es nicht beurteilen, was die Frau Ministerin gestern gesagt hat oder nicht. Umso wichtiger ist es, dass du von mir heute erfahren hast, dass diese Dinge aus meiner Sicht nicht nutzlos und nicht wertlos sind und ich freue mich auch über die sechs Hunde samt Hundeführern, die wir hierher bekommen haben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber du hast noch eine Anfrage an mich, du hast eine betreffend die Stadtregierungsmitglieder, deren Reisekosten und deren Auslandsreisen und auch hier ziehst du Schlüsse aus dem Verhalten von Nationalräten mit GemeindefunktionärInnen und MandatarInnen. Ich darf dich bitten, diesen enormen Arbeitsaufwand, den du der Stadtverwaltung hier antun möchtest, einmal kundzutun in deiner Anfrage (*Applaus ÖVP*).

## **10) Reisekosten für die Mitglieder der Stadtregierung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungsbüros im Jahr 2008**

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Kontrolle kann niemals mit Kosten aufgewogen werden, weil sonst könnten wir uns den Stadtrechnungshof ja auch ersparen, wenn dieses Argument zählen würde, es greift zu kurz. Aber noch einmal, danke, sechs Hunde und Hundeführer, die die Hunde füttern, damit ist die Anfrage ohnedies beantwortet. Die weitere Anfrage betreffend die Reisekosten für Mitglieder der Stadtregierung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungsbüros im Jahr 2008. Wie wir in den letzten Tagen auch ein wenig gehört haben, haben die Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung im Jahr 2008 die nicht unerquickliche Zahl von sage und schreibe 2,8 Millionen Euro für Dienstreisen in das benachbarte Ausland ausgegeben.

Die Reisekosten für Inlands- und Auslandsdienstreisen der Mitglieder der Stadtregierung samt ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind uns in dem Gemeinderat bis dato gänzlich unbekannt. Dennoch ist vielleicht auch zu vermuten, deswegen kontrollieren wir es auch und kommen unserer Kontrollaufgabe nach, wie hoch die Kosten für allfällige Auslands- und Inlandsdienstreisen der Mitglieder der Stadtregierung im Jahr 2008 waren. Nicht zuletzt auch deswegen, weil wir ja wissen, dass Stadträte der SPÖ erst unlängst im Ausland waren, dass es ja auch eine rege Reisetätigkeit auch über den Atlantik gibt und ich ja durchaus gerne wissen möchte, Eröffnung, Kunstforum New York, oder schon vergessen, passt, dass auch die Grazer Stadtregierung bei Inlands- und Auslandsdienstreisen nicht sparsam war.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

**Anfrage:**

1. Welche Auslandsdienstreisen haben Sie beziehungsweise die Mitglieder der Grazer Stadtregierung seit dem 1.1.2008 bis zum Einlangen dieser Anfrage absolviert und wie viele Tage nahmen diese in Anspruch?
2. Welchen Zweck haben diese unter Frage 1 genannten Auslandsdienstreisen erfüllt?
3. Wie viele Mitglieder Ihres Büros beziehungsweise der Büros der Stadtregierungsmitglieder haben an diesen unter Punkt 1 genannten Reisen jeweils teilgenommen?
4. Welche Gesamtkosten inklusive Reisemittel, Verpflegungs- und Übernachtungskosten, verrechnete Reisespesen und Reisediäten sind der Stadt Graz durch diese unter Frage 1 genannten Auslandsaufenthalte entstanden?
5. Welche Inlandsdienstreisen haben Sie beziehungsweise die Mitglieder der Grazer Stadtregierung seit dem 1.1.2008 bis zum Einlangen dieser Anfrage absolviert und wie viele Tage nahmen diese in Anspruch?
6. Welchen Zweck haben diese unter Frage 1 genannten Inlandsdienstreisen erfüllt?
7. Wie viele Mitglieder Ihres Büros beziehungsweise der Büros der Stadtregierungsmitglieder haben an diesen unter Punkt 5 genannten Reisen jeweils teilgenommen?
8. Welche Gesamtkosten (inklusive Reisemittel, Verpflegungs- und Übernachtungskosten, verrechnete Reisespesen und Reisediäten) sind der Stadt Graz durch diese unter Frage 5 genannten Inlandsaufenthalte entstanden?

Herr Bürgermeister, Sie können die Bürokratiekosten des Magistrates gerne minimieren, indem Sie mir gleich mündlich antworten.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das werde ich jetzt auch sehr, sehr gerne tun. Es gibt ja de facto eine Reise, die dich wahrscheinlich so neugierig gemacht hat, dass du jetzt so viele Fragen drangehängt hast. Grosz Gerald, das ist ok, ich möchte es versuchen, gleich zu schaffen die wichtigste Frage, was tun wir quasi in New York, wenn ein Grazer

Künstler, ausgewanderter Grazer Künstler namens Brus, aber du hast es so zwischendurch eingebaut, seinen 70. Geburtstag feiert und in New York mit einer Ausstellung auch gefeiert wird, war es auch notwendig, dass eine Vertretung der Stadt Graz zu diesem besonderen Ereignis eines großen Künstlers auch anwesend ist. Wobei man auch dazusagen muss, dass hier Kosten auch von anderer Seite noch übernommen wurden. Zu den gesamten Kosten kann ich dir direkt einfach sagen, es gibt ganz klare Positionen im Grazer Budget, das ist jederzeit einsehbar. Wir haben diese Reisekosten auf ein, ich würde einmal sagen, auf ein Minimum reduziert, das ist in einer Art und Weise geschehen, dass alle Stadtregerungsmitglieder, die meisten von uns haben überhaupt keine Auslandsreisen, und die Kosten sind so gering und kann man im Budget einsehen und...

***Zwischenruf GR. Grosz: Wie hoch?***

Bgm. Mag. **Nagl**: Gering, das ist die Antwort. Die Antwort ist recht einfach, man kann es im Budget herauslesen und wir brauchen diese Mittel nicht einmal auf, das gilt für die Gesamtkosten der Inlands- und der Auslandsreisen. Fallen de facto kaum ins Gewicht, wir fahren meistens nur, und da kommt der Zweck unserer Reisen, wir fahren, wenn wir unsere Städtepartnerschaften pflegen, das ist auch Zweck der Reisen, und da sind wir schon seit Jahren in vielen Partnerstädten nicht einmal mehr gewesen, meistens auch mit dem Auto hin, der Zweck der Inlandsreisen ist meistens eine Fahrt nach Wien. In Wien versuchen wir sowohl in den Bundesministerien als auch beim Städtebund unsere Forderungen, die wir auch hier gemeinsam immer wieder formulieren, einzubringen. Ansonsten sind mir gar keine Reisen bekannt.

GR. **Grosz**: Wie Sie sich sicher vorstellen können, habe ich in meiner Anfrage um konkrete Zahlen gebeten. Nachdem das ohnedies in einem Budget vermerkt ist, ich

habe auch gebeten, welche Mitarbeiter jeweils begleitet haben und wie viel die Reisen konkret an Kosten verursacht haben, lege ich wirklich drauf Wert, dass diese Anfrage nicht mündlich, nämlich nicht beantwortet wird, sondern schriftlich exakt beantwortet wird erstens. Zweitens, ich darf Sie darauf hinweisen, dass ich nicht die New-York-Reise des Herrn Riedler genommen habe, da gibt es einige Partnerschaftsreisen, die Sie abgegrast haben, und Frau Stadträtin Kahr ist da vollkommen außerhalb des Verdachts, hat keine Auslandsdienstreisen getätigt, aber da gibt es einige Dinge, auf die ich Wert lege im Rahmen meines Kontroll- und Oppositionsrechtes und im Rahmen auch des Anfragerechtes und deren Beantwortungen, wie wir wissen, sind wir diesbezüglich schon einmal im Konflikt bei der Landesaufsichtsbehörde gewesen, weil Sie um vier Monate zu spät das Anfragerecht gebrochen haben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich betrachte diese Anfrage als beantwortet und darf Sie bitten, zur nächsten Anfrage zu kommen.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also für meine New York-Reise bin ich gerne bereit, Auskunft zu geben, über andere kann ich es nicht tun, aber es ist kein großes Geheimnis. Es ist dort um die Ausstellungseröffnung des Joanneum Troublemaker gegangen, die eine gute Resonanz gebracht hat. Ich wurde gebeten, ist nicht von mir ausgegangen, ich wurde gebeten, diese Ausstellungseröffnung zu übernehmen, bin ohne Begleitung unterwegs gewesen, also alleine geflogen. Die Flugkosten fallen der Stadt Graz nicht anheim, sondern ausschließlich die Hotelkosten, die sich in der Größenordnung, ich weiß es nicht genau, von ungefähr 900 bis 1000 Euro bewegen. Für diese drei Tage, es war ein Zwei-Stern-Hotel.

GR. **Hagenauer**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Grosz hat es geschafft, mich zu einer Wortmeldung zu bewegen, herzlichen Glückwunsch. Herr

Kollege Grosz, Sie kennen den Begriff der Projektion, ich möchte es vielleicht kurz erläutern, was damit gemeint ist; nämlich volkstümlich ausgedrückt, es ruft jemand „Haltet den Dieb“, die von Ihnen zitierte und als Anlass genommene Reisetätigkeit der Bundesregierung hat einen konkreten Grund, nämlich es sind Ihre geschätzten Parteifreunde des BZÖ in der Regierung, die in ihrer mehr oder weniger glorreichen Tätigkeit alle einschlägigen Rekorde geschlagen haben, was Reisetätigkeit, Parteibuchwirtschaft übrigens inklusive, jemals seit 1945 in Österreich aufgestellt wurden. Tun Sie also bitte bei sich selber anfangen beziehungsweise betretenes Schweigen, wenn man so viel Dreck am Stecken hat wie das BZÖ (*Applaus Grüne*). Dasselbe gilt für den Begriff Kriminalität, ich habe es hier im Haus schon einmal gesagt, auch eine glatte Projektion, der Kontakt, um das vorsichtig zu formulieren, mit diversen Delikten des nationalen Lagers würde die Einrichtung von eigenen Gerichtshöfen jederzeit auslasten. Und Ihr Parteiobmann hat seinem Leben tragischerweise mit einem Delikt sein Ende gesetzt, das war kein Zufall, sondern das hat durchaus Symbolik und hat durchaus System, fangen Sie also bei sich selber an. Und zum Schluss ein dritter Punkt, was die Kontrollrechte angeht. Ich wollte mich vorhin schon melden, habe mich noch einmal zurückgehalten, aber jetzt spreche ich es aus. Ich kann Ihnen hier Ihre Anwesenheit im Kontrollausschuss der Stadt Graz vorlegen, wenn Sie das wollen. Sie können durchaus bei zwei Gremien tätig sein, nur bitte in beiden dann tätig. Derjenige, der durch Abwesenheit in der Mehrzahl der Fälle im Kontrollausschuss der Stadt Graz glänzt, genauso wie Sie das vorher in Deutschlandsberg getan haben, in Ihrer Tätigkeit als Gemeinderat dort, das sind Sie. Danke (*Applaus Grüne*).

## 11) Aufträge der Stadt Graz für externe Berater

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Kurze Replik in einem Satz. Zu den Vorwürfen, Delikte Jörg Haider etc. Selig die Armen im Geiste, den ihrer ist das Himmelreich, ich werde Sie in mein Abendgebet einschließen. Die nächste Anfrage

betreffend die Aufträge für externe Berater der Stadt Graz. Es ist uns zum allgemeinen Leidwesen auch bekannt und es wurde auch kritisiert, dass öffentliche Institutionen, und eine solche ist auch die Stadt Graz, externe Berater auf Steuerzahlerkosten heranziehen. Es gibt ein großes Potential von Expertinnen und Experten, die auch hier im Magistrat tätig sind und vor allem hier im Magistrat tätig sind, wir haben für alle Amtsbereiche, die die Stadt zu vollziehen hat, hervorragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zu verschiedensten Projektabwicklungen Expertise, Facharbeit und Hilfe leisten können. Um auszuschließen, dass in verschiedensten Bereichen externe Berater, und damit meine ich auch Werbegeschichten, etc. Promotions und, und, und, dass das hier im Magistrat der Stadt Graz nicht vorkommt und als Grundlage für eine Diskussion auch in Zukunft, stellen die unterfertigten Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

### **A n f r a g e :**

1. Von welchen externen Beratern (Einzelpersonen, Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften, Agenturen etc.) wurden Sie, Ihr Bürgermeisteramt, die Mitglieder der Stadtregierung, die Stadt Graz und alle Dienststellen seit dem 1.1.2007 bis zum Einlagen dieser Anfrage beraten, welche Expertisen wurden in dem genannten Zeitraum in Auftrag gegeben beziehungsweise welche einschlägigen Dienstleistungsverträge wurden in Auftrag gegeben?
2. Aus welchem Grund wurden in dem unter Frage 1 genannten Zeitraum externe Beratungen hinzugezogen, wurden Expertisen beziehungsweise wurden Dienstleistungsverträge in Auftrag gegeben?
3. Wer exakt gab den Auftrag für allfällige unter Frage 1 genannte externe Beratungen, Expertisen beziehungsweise allfällige Dienstleistungsverträge?
4. Wie lautet die exakte Beauftragung (Vertrag) für die unter Frage 1 genannten Beratungen und allfälliger in Auftrag gegebener Expertisen und Dienstleistungsverträge?
5. Gab es innerhalb der Stadt Graz und seiner Dienststellen keine qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dieselbe Beratungsleistung beziehungsweise Expertise erbringen konnten, wie die in der Frage 1

- genannten und beauftragten Berater, Experten und Dienstleister? Wenn nein, warum nicht?
6. Wie hoch waren die für die Stadt Graz zu tragenden Kosten für die unter Frage 1 genannten Beratungen und Expertisen, exakte Aufstellung? Im Übrigen auch, wie bei der vorherigen Anfrage exakte Zahlen gefordert waren.
  7. Erfolgt Ausschreibungen für die von der Stadt Graz seit dem 1.1.2007 bis zum Einlagen der Anfrage in Auftrag gegebenen Beratungen und Expertisen? Wenn nein, warum nicht?
  8. Welchen exakten Inhalt hatten diese unter Frage 1 genannten Beratungen und Expertisen beziehungsweise zu welchen Schlussfolgerungen und Empfehlungen kamen diese?
  9. Mit welcher exakten budgetären Bedeckung wurden die in der Frage 1 genannten Beauftragungen jeweils abgerechnet?
  10. Planen Sie, die Mitglieder der Stadtregierung sowie allfällige Dienststellen der Stadt Graz die Beauftragung von externen Beratern und Experten? Wenn ja, wann, wofür, welche und mit welchen zu erwartenden Kosten?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, es kommt ja dann noch eine solche Anfrage. Da geht es nicht darum, dass es irgendetwas zu verheimlichen gibt, es geht mir jetzt wirklich darum, dass ich sage, ich betrachte mit meinen Antworten und mit den Debatten, die ich da zulasse, diese Fragen auch als beantwortet und zwar aus folgendem Grund: Würde ich diese drei Anfragen, die Sie da stellen und in der Detailliertheit stellen, der Magistratsdirektion jetzt überantworten, würden wir fast den halben Magistrat bis zur nächsten Gemeinderatssitzung lahm legen, weil wir in jeder Abteilung und über alle Abteilungen Ihren Wünschen da entsprechen sollen, weil Sie vielleicht dort oder da etwas vermuten. Und ich sage noch einmal, wir haben ein Kontrollgremium, das Kontrollgremium ist der Stadtrechnungshof, es gibt einen dazugehörigen Ausschuss, wenn es Ihnen gelingt, wichtige Fragen auch mit der genügenden Anzahl von Gemeinderäten mit einer Unterschrift dort einzureichen, werden all diese Dinge vom Stadtrechnungshof, der dafür eigens vorgesehen ist und den es im Übrigen nicht einmal in Wien oder sonst wo gibt, selbstverständlich beantwortet werden. Das ist einfach ein Zuviel und würde, und da geht es nicht, um



etwas aufzudecken oder was zu verheimlichen, sondern es geht einzig und allein darum, dass ein Schwall von Anfragen in allen Abteilungen eine Arbeitsflut auslösen würde, die bis zum nächsten Gemeinderat fast nicht einmal zu beantworten ist und das kann ich und will ich auch unseren Beamten in der Form nicht antun. Das ist kein Kontrollgremium jetzt an sich, sondern mir ist es wichtig, dass Sie das auch bitte im Kontrollausschuss tun und wenn dort die entsprechende Mehrheit der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte damit einverstanden ist, wird es zum Prüfauftrag, die Zahl ist ja relativ gering, und dann werden diese Dinge untersucht, aber von einem externen Gremium. Ich schaffe es einfach nicht bei dem Arbeitsanfall, den wir haben, und auch bei den Einsparungen, die wir gerade den Abteilungen auch verordnen, sie permanent mit diesen Anfragen zu beschäftigen. Ich bitte, das auch zur Kenntnis zu nehmen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Also gehe ich davon aus, dass Sie meine Anfrage jetzt mit Ihrer Wortmeldung auch beantwortet haben. Ich sage das ganz trocken, es ist purer Zynismus. Wie Sie wissen, braucht man für einen Prüfantrag die Mehrheit, für einen Prüfantrag der Opposition, die Mehrheit ist derzeit im Besitz von ÖVP und Grünen, ich gratuliere Ihnen, Herr Bürgermeister, Sie haben die Kontroll- und Oppositionsrechte auf Ihre Art und Weise ausgehebelt.

**Zwischenruf GR. Rajakovics: Nur plappern, aber nichts wissen.**

Bgm. Mag. **Nagl**: Sieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte können einen Prüfantrag stellen, das wird Ihnen sicherlich gelingen, wenn es wirklich wichtige Dinge sind, sind wir auch gerne bereit, aber ich kann dieses Instrument der Anfrage quasi nicht ummünzen in einen Kontrollgerichtshof, der den halben Magistrat lähmt.

## 12) Gesamtkosten der Inserate der Stadt Graz in den Jahren 2007 und 2008

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Zur nächsten Anfrage betreffend die Gesamtkosten der Inserate der Stadt Graz in den Jahren 2007 und 2008. Ich glaube, das dürfte kein großes Problem sein, da brauchen Sie nur auf Knopf Ihres Budgets drücken und der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und dementsprechende Ausgaben müssten herauskommen. Im Übrigen kündige ich an, diese Anfragen halt bei der nächsten Gemeinderatssitzung noch einmal einzubringen, also es ist an sich kein Problem, bis wir zu den Antworten kommen. Wie in unterschiedlichen Medien zu lesen war, gibt es auch in Österreich eine Diskussion über zu hohe Inseratenkosten, nicht zuletzt auch die österreichische Bundesregierung im Zeitraum 7. Juli 2008 und 28. September 2008 mit knapp neun Millionen Euro, das sei das eine, das andere ist, wir wollen kontrolliert wissen, welche Kampagnen und Inseratentätigkeit die Stadt Graz hier in den Jahren seit 1.1.2007, vor allem, weil auch ein Wahljahr war dazwischen und eine Gemeinderatswahl hier zusätzlich getätigt hat.

Es ist nicht auszuschließen, dass wir dort auch auf einige erquickliche Summen in diesem Bereich kommen, ich sehe es auch als meine Verpflichtung an, hier das auch zu kontrollieren und auch zutage zu fördern.

In diesem Zusammenhang stellen daher die unterfertigten Gemeinderäte der Stadt Graz an den Bürgermeister der Stadt Graz folgende

### **A n f r a g e :**

1. Welche Informationsaktivitäten in Printmedien und audiovisuellen Medien wurden von der Stadt Graz, Ihnen, den Mitgliedern der Stadtregierung und sämtlichen Dienststellen in der Zeit zwischen 1.1.2007 bis einschließlich 31.12.2008 aufgegliedert nach Medium, Informationszweck, Informationsart, Kosten, inklusive Steuern und Abgaben, Rechtsgrundlage und amtsinternen Auftraggeber gesetzt?

2. Welche Druckkostenbeiträge haben Sie, die Mitglieder der Stadtregerung und die Dienststellen die Stadt Graz in der Zeit zwischen 1.1.2007 bis 31.12.2008 aufgegliedert nach Medium, Zweck, Art, Rechtsgrundlage, Kosten, inklusive Steuern und Abgaben und amtsinternen Auftraggeber gesetzt?
3. Wer, welcher Mitarbeiter, welche Dienststelle waren innerhalb der Stadt Graz in den Jahren 2007 und 2008 für die Anordnung, Bestellung und Abwicklung von Informationsaktivitäten in Printmedien und audiovisuellen Medien, Druckkostenbeiträge und die Erstellung von allfälligen Inseratensujets, PR-Texten verantwortlich?

Ich darf diesbezüglich noch einmal als Grundalge für diese Anfragen auch die letzten vier bekannt geben, dass der Budgetstand der Stadt Graz, ohne polemisch vom Schuldenstand zu reden, der Budgetstand ein angespannter ist und daher alle diese Ausgaben nicht gerechtfertigt wären angesichts der Tatsache, dass wir andere Projekte ja bekanntermaßen nicht finanzieren können, die eigentlich wichtig sind, daher auch diese Anfrage. Zweitens: Wir werden selbstverständlich zu deren ungenügender Beantwortung, so wie es auch vorgesehen ist, die Gemeindeaufsicht davon informieren nach Vorliegen des Protokolls, auch wenn es in drei Monaten ist und drittens, vielleicht gelingt es den anwesenden Damen und Herren Journalistinnen und Journalisten zu den vier eigenen Anfragen mit durchaus interessantem Hintergrund, mit durchaus begründeten Verdachtsmomenten vielleicht diesem Anfrage- und Beantwortungsrecht die nächsten Wochen und Monate nachzukommen, vielleicht bekommen die eine Antwort. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja gerne, das werde ich geschäftsordnungsgemäß beantworten, da die Kosten für Inserate bei der Stadt Graz so niedrig sind, dass ich das gerne und relativ schnell auch beschaffen kann. Der Großteil der Inseratschaltungen betrifft im Übrigen Parteien, also sprich Sterbeeinschaltungen, die die Stadt Graz ja tätigt. Das wird geschäftsordnungsgemäß erledigt.

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgereister, lieber Kollege Grosz! Wenn man Ihnen da von der letzten Bank zuhört, dann hat man schon das Gefühl, dass Sie beide, Sie Herr Bürgermeister und du, lieber Kollege Grosz, das Kind mit dem Bade ausgießen. Weil sowohl, was du machst, lieber Kollege Grosz ist übertrieben, muss ich ganz ehrlich sagen, es mag sein, dass im Nationalrat, aber wobei die Grundtendenz sicher zu begrüßen ist und was Sie machen, Herr Bürgermeister, ist auch übertrieben, weil so kann man meines Erachtens nicht mit gewählten Mandataren umgehen. Ich weiß schon, wenn der Kollege jetzt da 40 Anfragen stellt und so, aber man könnte sich auf ein gewisses Mindestmaß oder Mittelmaß einigen, weil das beschneidet schon, was Sie heute gesagt haben, beschneidet schon sehr und das ist zwar, Sie sitzen zwar immer da, tun sozusagen, spielen den Vater über alle Grazer, nur, Herr Bürgermeister, das beschneidet schon sehr das Recht einer Opposition, indem Sie sagen, das braucht so viel und die armen Beamten im Magistrat und die kann ich nicht so beanspruchen und so, gehen Sie in den Kontrollausschuss dann. Natürlich, Sie wissen eh, wenn man wollen...Kollege Grosz, das ist auch ein Problem, weil du halt nie das Statut der Stadt Graz liest und sagst von der Mehrheit, du brauchst mit sieben Gemeinderäten kannst jederzeit einen Prüfauftrag stellen und wie gesagt, Herr Bürgermeister, wenn Sie es unbedingt haben wollen, wir sind sechs und zwei ist der Kollege Grosz, sind wir zu acht, also dann haben sie es soundso im Haus, also ich glaube, das ist keine Art, wie man mit gewählten, ich will nicht sagen Volksvertretern, weil das klingt immer ein bisschen großartig, aber mit gewählten Mandataren hier im Haus umspringt. Ich weiß schon, es gibt diesen Pakt, den Sie da mit den Grünen abgeschlossen haben, aber nur, so kann es trotzdem nicht gehen, wenn man konsequent weiterdenken würde, dann ist eh jede Frage störend. In Wien hat es einmal einen Bürgermeister oder Vizebürgermeister gegeben, der hat gesagt, Goschen halten, und so erscheint mir das auch ein bisschen dann, also so kann es wirklich nicht sein, dass man einen Abgeordneten oder einen Gemeinderat, der sicher übertrieben, wie gesagt, ich kenne den Gerald Grosz relativ lange, da war er noch viel kleiner, als er jetzt ist, aber wie gesagt, der das auch übertrieben hat, aber nur so, Herr Bürgermeister, möchte ich bitten, dass Sie nicht mit uns umgehen, weil wir haben das....

***Zwischenruf unverständlich.***

Mag. **Korschelt**: Macht ja nichts, ich bin ja nicht lieb, ich bin ja nicht da als Nikolo oder was, das ist deine Aufgabe (*Applaus FPÖ*), das ist deine Aufgabe bei konservativen Kongressen, dort lieb alle zu mahnen, ich bin nicht da, dass ich lieb bin, also das möchte ich von vorneherein sagen, dass ich das sicher nicht bin. Aber, Herr Bürgermeister, bitte in Zukunft, wenn wieder so etwas ist, vielleicht können Sie vorher oder nachher mit dem Kollegen Grosz, oder wer auch immer kommt und Fragen stellt, ich würde schon bitten, dass Sie in diese nicht etwas, muss ich schon sagen, fast schnoddrigen Art eine Beantwortung durchführen, also darum möchte ich bitten und dann noch etwas. Es ist zwar schon vor zwei Wortmeldungen, aber zum Kollegen Hagenauer. Lieber Kollege Hagenauer, ich bin kein Arzt, wirklich nicht, aber ich würde Ihnen empfehlen, dass Sie einmal, weil Sie haben eine Wahnvorstellung, das kommt ja immer, bei jeder Wortmeldung kommt bei Ihnen der Volksgerichtshof, wo die rechten Attentäter oder was verurteilt werden sollen. Lieber Kollege Hagenauer, wenn Sie Probleme haben, dann rate ich Ihnen im Herold nachzuschauen, da gibt es eine Seite Psychiater, dort schauen Sie nach und dann leben Sie Ihren Komplex aus (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Herr Kollege, ich verbiete mir das, dass das von Ihnen immer wieder kommt, diese feinen Spitzen usw., jetzt brauchen wir endlich einen Gerichtshof oder diese Spitzen, jetzt brauche wir einen Gerichtshof, der die rechtsradikalen Ausritte... Tun Sie sich einmal umdrehen zu Ihrem Kollegen, wenn es hier Ausritte gegeben hat, dann war das Ihr Kollege, der da hinten sitzt, jetzt geht er eh in Deckung, aber sonst hat es da keine Ausritte gegeben und ich möchte mir das auch verbeten haben. In diesen sechs Jahren, in denen ich da herinnen bin, hat es nie von irgendeinem Mandatar der FPÖ irgendeine Ausritte gegeben und Sie kommen immer... wo hat es da herinnen einen Ausritt gegeben? Sagen Sie mir das, Kollegin?

***Zwischenruf GR. Hagenauer: Ich habe nie davon gesprochen.***

Mag. **Korschelt**: Sie haben gesagt, Herr Kollege, es hätte... ich brauche den Kollegen Westenthaler nicht verteidigen, aber vom Kollegen ist überhaupt nichts mit einem Sondergerichtshof von rechts zu tun, der Kollege Westenthaler, wenn überhaupt, ist er ein Schläger, aber von rechts hat er überhaupt nichts damit zu tun. Der Kollege Westenthaler steht vor Gericht, weil er einmal eine Falschaussage und das Zweite, weil er im Prater irgendwo einen Polizisten einen Spitz angerieben hat, wenn wir ehrlich sind, so ist es dann, also was das mit rechts wieder zu tun hat. Schauen Sie Ihren Kollegen an, das war ja beim letzten Mal gerade ein Glück, wenn die Kollegin Binder, die heute nicht da ist, die leider krank ist, ich wünsche ihr hier gute Besserung, wenn die Kollegin Binder nicht eingeschritten wäre, dann hätte er dem Kollegen Grosz nämlich eine aufgelegt, so ist es nämlich dann. Aber wie gesagt zusammenfassend, Herr Hagenauer, wenn Sie wieder ans Rednerpult treten, dann bitteschön überlegen Sie sich, was Sie sagen, weil wir sind nicht mehr bereit, uns immer wieder von Ihnen das vorhalten zu lassen, was überhaupt nicht stimmt. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich würde jetzt nicht nur Sie, sondern alle wieder bitten, dass wir wieder zu einer sachlichen Arbeit zurückkehren. Ich habe nicht versucht, eine schnoddrige Antwort zu geben, sondern ich habe eigentlich einmal versucht...

**Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Sie stellen nicht fest, was wichtig ist.**

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte jetzt Ihnen versuchen, eine Antwort zu geben auf das, Was Sie sagen. Sie werfen mir vor, ich gebe eine schnoddrige Antwort, ich habe sehr genau versucht oder ich habe mit Bedacht versucht, Worte zu finden und das, was der Kollege Grosz hier macht, in irgendeiner Form einmal auch ein bisschen wieder zurückzuschrauben. Es wäre sehr schön, wenn es einen Wege gäbe, im Vorfeld

vielleicht auch einmal zu klären, die Fragen sind berechtigt, aber wenn man sie dann, sage ich einmal, auf zehn Punkte aufgliedert. Ich möchte Ihnen am liebsten ein so eine Anfrage übergeben und dann sagen, bitte gehen Sie jetzt einmal in den Magistrat und versuchen Sie das in dieser Detailliertheit zu beantworten, da sind Sie wochenlang beschäftigt.

***Zwischenruf GR. Grosz: Geben Sie uns die Vollmacht, dann machen wir es.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Und Sie haben es richtigerweise gesagt, wenn Sie das auch interessiert, wir haben eine klare Geschäftsordnung, die sagt aus, dass es dann ein Prüfauftrag ist und dann wird der Rechnungshof versuchen, all diese Fragen zu prüfen. Wenn es in einem Gemeinderat schon solche Anfragen hagelt und das jeweils mit sechs bis zehn Punkten, fast wortgleich mit Dingen, die im Nationalrat auch gestellt worden sind an Fragestellungen, nur auf Graz umgemünzt, dann glaube ich, dass es gescheiter gewesen wäre, hier einmal mit Pauschalziffern etc. sich das anzuschauen, wenn man dann feststellt, gern auch mit anderen ...

***Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, ich werde da hier vorne konfrontiert mit jeder Menge Anfragen, die ich vorher noch nie gesehen habe, ich versuche, sie geschäftsordnungsgemäß zuzuweisen, aber ich weiß, was das auslöst. Und deswegen wäre es vielleicht gescheiter, einmal zu sagen, sind das so enorme Summen, dass es dann eine detaillierte Prüfung braucht und, und, und. Ich bin gerne bereit, Gesamtziffern etc. bekanntzugeben und wenn man dann feststellt, das sind

vielleicht enorme Summen, dann kann man es auch detaillierter über den Stadtrechnungshof...

***Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, die Summe steht im Budget und ist leicht lesbar, das ist eine Antwort, die ich gegeben habe, kann ich dir auch geben. Ich werde dir die Summe sogar persönlich zustellen, aber eines sage ich dir auch, all diese Zusatzpunkte, wieso und Expertisen und weswegen und, und, und, das könnte man sich in einem, glaube ich, in einer ersten Anfrage sparen. Unsere Magistratsbediensteten, der Herr Magistratsdirektor, die Präsidialabteilung wird überhäuft, ich sage auch, auf Grund der medialen Darstellung, die es erst einmal wieder gegeben hat, ob ein Gemeinderat und eine Gemeinderätin fleißig ist oder nicht, hängt davon ab, wie viele Anfragen und Anträge hier gestellt worden sind, wir sind jetzt einmal mit den Anfragen fertig, aber jetzt kommen 19 Anträge, gratuliere; ich glaube, dass die Anzahl der Anträge das allein nicht ausmacht, aber es hat wieder zur Wirkung gehabt, dass alle sagen, wenn ich daran gemessen werde, bringe ich sie auch ein und jede Anfrage und jeder Antrag beschäftigt unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Magistrat und zwar so, dass sie zu ihren eigentlichen Aufgaben nicht kommen und da haben wir im System einen Fehler drinnen. Ich habe heute, und es ist mir dabei nicht gut gegangen, ich habe es nicht schnoddrig versucht, wenn es so passiert ist, tut es mir leid, ich habe heute versucht, das einmal aufzuzeigen, dass es so nicht weitergehen kann, da beschäftigen wir uns selbst und wir haben auch für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein und es gibt ein Kontrollgremium, das haben wir extra, und wenn da mehrere Personen damit einverstanden sind, und da haben wir uns auch eine Geschäftsordnung gegeben und das ist eine sehr minderheitenfreundliche Geschäftsordnung, die wir in Graz haben, inklusive eines Stadtrechnungshofes, um es noch einmal zu betonen, dann wird wohl dort die Möglichkeit sein, das alles zu kontrollieren und dafür haben wir einen eigenen Bereich (*Applaus ÖVP und Grüne*).



GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Nur zwei Punkte, der erste Punkt, wie gesagt, Sie haben mir ja sicher zugehört oder ich hoffe es zumindest, ich habe ja gesagt, ich bin auch nicht glücklich mit dieser Summe der Anfragen vom Kollegen Grosz, das habe ich ja gesagt, bitte vielleicht könnten Sie sich, Kollege Grosz ist eh 60 % seiner Zeit bei Ihnen im Bürgermeisteramt drinnen als im Gemeinderat, könnten Sie sich ja gerne mit ihm zusammensetzen....

***Zwischenruf Bgm. Mag Nagl unverständlich.***

Mag. **Korschelt**: Aber Sie nicht, aber er ist drinnen, ich habe nicht gesagt, dass Sie drinnen sind. Aber Sie könnten sich ja gerne zusammensetzen und einmal mit ihm über diese Sachen reden dann. Weil das ist ja lähmend, das weiß eh jeder, wenn er halt zehn oder fünf oder sechs Punkte hat dann, glaube ich, ist es berechtigt und das Zweite, Entschuldigung, wenn ich das wieder sage, vielleicht ist das Wort „schnoddrig“ stört Sie das, aber was Sie in Ihrer Anfrage beantwortet haben, ist wieder, seien Sie mir nicht böse, schnoddrig zu sagen, es steht eh alles im Budget drinnen, das ist keine Antwort. Natürlich steht alles im Budget, aber Sie können nicht mehr ausgeben als das Budget, weil sonst brauchen wir eh nur mehr eine Sitzung machen. Dann reduziert sich der Gemeinderat auf eine Sitzung im Dezember, dann machen wir das Budget und dann ist eh schon alles leiwand. Nein, so kann es nicht gehen, was brauche ich dann die Kollegin Rücker fragen, da brauche ich überhaupt niemanden mehr was fragen, weil es steht eh alles im Budget, weil es wird ja kaum sein oder der Kollege, der nach New York fährt, steht auch im Budget drinnen, weil es wird ja kaum sein, dass er das aus seiner eigenen Tasche zahlt, also ist das keine Antwort. Und das Dritte und das auch den Medienvertretern gesagt, die Medienvertreter tun auch Öl ins Feuer gießen, auf der einen Seite schreiben sie, wir sitzen bis um drei oder vier im Gemeinderat, auf der anderen Seite kommt dann 14 Tage später eine Statistik, wo oben steht, der und der ist fleißig und der und der ist faul, ja bitteschön, was wollen sie, auf der einen Seite wollen sie natürlich haben, dass man nicht bis um drei sitzt, wo ich ihnen auch vollkommen Recht gebe, das ist

auch nicht im Sinne des Bürgers, was da gemacht wird, teilweise, ich bin oft genug da draußen gestanden und habe gesagt, wir leben oft an dem Bürger vorbei, aber natürlich lassen wir uns auch von Medien treiben, dass natürlich der Kollege Frölich ist eh schon arm, er ist das zweite Mal als der faulste Abgeordnete, also das ist ein Wahnsinn, beim nächsten Mal wird er halt was tun müssen, weil sonst schaut es schlecht aus für seine Wiederaufstellung im Gemeinderat. Wir lassen uns natürlich von den Medien treiben, indem auch jeder schaut und sagt, aha, der ist bei den Faulen und der ist bei den Fleißigen, ich weiß nicht, was es für Kategorien gibt, bei den Bemühten und bei den nicht Bemühten usw., was es gibt, aber wie gesagt, das nur zu den Medien, aber das andere bitte, noch einmal, Herr Bürgermeister, auch wenn Sie jetzt böse schauen, aber das halte ich schon aus, wir halten das beide aus, aber bitteschön, das ist einer Opposition gegenüber und das ist Ihnen auch nicht würdig, eine Antwort zu sagen, es steht eh im Budget, es steht alles im Budget, dann brauche ich überhaupt keine Frage haben. Bitte das beim nächsten Mal zu beachten. Danke (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich würde einmal vorschlagen, dass ich gemeinsam mit dem Kollegen Grosz mich dann einmal zusammensetze, um einmal dieses Thema der Anfragen mit ihm wirklich zu besprechen und der Anträge, mir ist aber bitte eines auch wichtig, und Medienvertreter sind da, und zwar unserer wichtigsten Medien in der Landeshauptstadt Graz. Wenn Gemeinderatsmitglieder, die in Aufsichtsratspositionen sitzen, dafür nicht einen einzigen Euro und einen Cent bekommen, wenn sie Ausschussvorsitzende sind, wenn sie im Klub Verantwortung tragen und, und, und, wenn eine kleine Fraktion mit zwei Abgeordneten jedes Mal fünf pro Person stellen würde und ich würde das mit der ÖVP-Fraktion in der Dimension machen, dann würden wir einen dreitägigen Gemeinderat haben.

***Zwischenruf unverständlich.***

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das fehlt da nicht, lieber Herr Gemeinderat, das ist zum Beispiel wieder eine der Frechheiten. Ich muss nur schauen, können wir ja einmal ausprobieren, dann werden das nächste Mal alle eine Anfrage stellen aber dann kommst du leider nicht mehr zu deiner zweiten Tätigkeit, weil das Verhältnis ist ein bisschen ganz was anderes, wie du weißt. Und das Zweite ist, ich habe heute versucht, einmal diesem enormen Anfrageschwall, der so viel Arbeit bedeuten würde, auszukommen und habe auch deswegen, sage ich einmal, diese Antwort gegeben. Diese eine Position, weil er noch einmal nachgefragt hat, steht auch im Budget. Ich kann es ihm gerne geben, aber ich sage noch einmal, wenn ich es in der Detailliertheit tue, dann kostet das ein enormes Geld, das willst du wahrscheinlich auch nicht und man beschäftigt... Und die Summe werde ich dir sagen und vielleicht können wir das hinkünftig auch so tun, und wenn das dann solche Millionenbeträge sein sollten, wie es auf Bundesebene auch von deiner Fraktion stark schon mitgetragen passiert, dann können wir ins Detail gehen und dann sind wir gerne bereit, das über den Stadtrechnungshof lösen zu lassen. Damit haben wir die Anfragen weg, wir kommen jetzt, pardon, Kollege Riedler.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich werde versuchen mich kurz zu halten, Herr Bürgermeister. Ich glaube trotzdem, dass das Thema nicht ganz unwichtig ist, über das wir gerade sprechen und so wenig ich die Position vom Kollegen Grosz teile, denke ich doch, dass es das Recht und die Möglichkeit der Opposition sein sollte zu überprüfen, wie die Regierungsmitglieder, und zwar alle Regierungsmitglieder ihre Aufgaben wahrnehmen. Dazu gehört es auch, die Sinnhaftigkeit und Korrektheit etwa von Dienstreisen, und da wieder nach New York, wie in meinem Fall, ich beziehe mich also nur auf mich, zu hinterfragen. Ich halte es für nicht ganz ungefährlich offengestanden, diese Fragen nicht zu beantworten, weil sie dann erst recht einer Spekulation Raum bieten, die aus meiner Sicht nicht angebracht ist. Wähler und Wählerin werden auch die Qualität der Oppositionsarbeit beurteilen und vieles von dem, was der Kollege Grosz macht, manches von dem, was er macht, halte ich für überflüssig, halte ich für Beschäftigungstherapie, ärgert mich, ärgert andere, ärgert auch dich, wie eben vorhin erkennbar war, trotzdem ist das Spiel der Demokratie und sind die Regeln der Demokratie von einer ganz besonderen Bedeutung. Und gerade

wenn man nicht mehr die Möglichkeit hat, Einfluss zu nehmen, wie es zum Beispiel für meine Fraktion auch gilt, so wie wir es gerne tun würden, wie wir versuchen würden unsere Ideen durchzusetzen, umzusetzen, ist es wichtig, dann auch die richtigen Fragen stellen zu können und ich glaube, dass diese Regierung es aushält, und das sage ich, so weit ich es beurteilen kann, glaube ich, für alle Regierungsmitglieder, auf den Prüfstand gestellt zu werden. Ich bin daher der Meinung, dass es gut wäre, auch detaillierte Fragen zu stellen, ich glaube auch, dass die Geschäftsordnung des Gemeinderates Rücksicht nehmen sollte und entsprechend adaptiert werden sollte. Ich bin so wie du der Meinung, dass es nicht dem Geist der Geschäftsordnung entspricht, 10, 15, 20 Fragen in eine einzige Anfrage hineinzupacken. Ich teile also in diesem Punkt deine Meinung, ich glaube nur, wir sollten gemeinsam auch mit dem Kollegen Grosz überlegen, wie wir zu einer vernünftigen und praktikablen Abwicklung von solchen Anliegen kommen können, ohne Magistrat und Politik zu blockieren, aber trotzdem die berechtigten Interessen, das berechtigte Bedürfnis nach Antworten auch in der Öffentlichkeit erfüllen zu können. Vielleicht können wir hier doch einen gemeinsamen Weg finden, der über das hinausgeht, was in einem Gespräch zwischen dem Herrn Mag. Nagl und dem Herrn Grosz rauskommen kann. Ich plädiere also dafür, dass auf eine Ebene der Klubverhandlungen zu bringen und auch diese Frage mitzubehandeln (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann darf ich zu dieser Anfrage betreffend die Reisekosten für Mitglieder der Stadtregierung und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regierungsbüros im Jahr 2008 kommen. Im Budget stehen, und jetzt vergleiche ich nur kurz mit der Republik Österreich, in der Republik Österreich waren es sage und schreibe 2,8 Millionen Euro an Steuergeld, in der Stadt Graz sind in dieser Budgetposition 15.000 Euro auch heuer wieder im Budget eingestellt, der Rechnungsabschluss des Jahres 2007 hat ergeben 13.211 Euro, der Rechnungsabschluss 2008 ist leider noch nicht fertiggestellt, aber wir haben diese Ziffer, soweit ich weiß, wieder unterschritten. Wenn du jetzt noch gerne alle detaillierten Punkte haben möchtest, werde ich das dann auch gerne versuchen, aber vielleicht sagt dieser Punkt aus genau das, was der Kollege Riedler gerade

gesagt hat, dass wir gerne auf dem Prüfstand stehen und dass wir da nichts zu verheimlichen haben. Wie gesagt, es waren rund 13.000 Euro und ich kann auch noch einmal dazusagen, diese Reisen, die wir da tätigen, gehen wie gesagt nur in Richtung Städtepartnerschaften; in erster Linie ist das Darmstadt, Maribor, Pecs, Ljubljana und Dubrovnik, manchmal Triest und das war es auch schon, meistens fahren wir alleine, sehr oft mit dem Dienstwagen, manchmal auch mit dem Zug. Wenn dir das genügt, dann wäre ich dir da dankbar, die eine Frage beantworte ich eh und die externe Beratergeschichte werde ich auch in einer Gesamtsumme zusammentragen, dann werden wir uns unterhalten, ob du dann im Stadtrechnungshof das auch noch detaillierter willst. Wir sind so sparsam wie kaum eine andere Gebietskörperschaft und darauf bin ich stolz (*Applaus ÖVP und Grüne*).